

Résumé

Une politique radicale sur des bases conservatrices?

«Métropole et résidence» du royaume hongrois, la ville de Budapest, a vu, entre 1873 et 1914, un essor urbanistique et industriel formidable et unique par rapport au développement européen de l'époque. Dans le domaine de l'aide sociale et de la politique sociale, par contre, le conseil communal et le magistrat se sont largement cantonnés dans l'inactivité, et cela bien au-delà de la fin du siècle. Un changement radical n'est intervenu qu'après 1906. Sous l'égide d'un nouveau maire, un petit groupe de réformateurs sociaux progressifs s'est rassemblé dans l'administration, dont l'influence au sein du magistrat ainsi que vis-à-vis du conseil communal s'est rapidement accrue. L'essentiel des réformes, qui faisaient sensation, était l'œuvre de cette «île de réformateurs». Chaque fois que les problèmes sociaux dans la ville frisaient la crise, ceux-ci savaient profiter de la pression exercée par la rue et par les salariés syndiqués pour faire passer leurs ambitions au sein de l'administration. Tout cela, pourtant, ne touchait pas aux structures politiques fondamentaux de la ville ni à la prédominance politique des intérêts capitalistes libéraux. Le processus de modernisation à Budapest s'est accompagné, au contraire, d'une marginalisation matérielle et politique progressive de la majorité de la population, les dirigeants ne faisant que contourner de justesse, par leur tolérance de la réforme sociale, le problème de la restructuration des conditions politiques de la ville. Ainsi, la «modernité» n'était qu'une couche mince se superposant à ces conditions.

Hannemann, Christine 1992: Die "Platte" im Kontext der Ideologie der DDR. Ein Beitrag zur Thematisierung des Selbstverständnisses der DDR-Gesellschaft. In: Archiv für Kommunalwissenschaften II/92, S. 281-292.

BERICHTE

Die „Platte“ im Kontext der Ideologie der DDR

Ein Beitrag zur Thematisierung des Selbstverständnisses der DDR-Gesellschaft

Von Christine Hannemann

1. Einleitung

Die „Platte“ ist die umgangs-, aber auch fachsprachliche Bezeichnung für die Großtafelbauweise; sie bildete das Grundelement im industriellen Wohnungsbau der DDR. Die Entwicklungsmöglichkeiten für die hauptsächlich in dieser Bauweise errichteten Großwohnsiedlungen sind heute ein viel diskutiertes Thema. Von der Forderung nach Abriß dieser Siedlungen über den Streit um die Höhe der Instandsetzungskosten bis hin zur Prognose von Verslumung reicht die Spannweite der Diskussion. Besonders in den Medien unter negativem Vorzeichen diskutiert, stehen die Großwohnsiedlungen exemplarisch für eine verfehlte Baupolitik in vierzig Jahren DDR. In dieser (bislang) vorwiegend journalistisch geführten Debatte besteht die Gefahr, daß Vorurteile und Klischees den Blick auf die sozialen Verhältnisse und deren Entstehung trüben. Soziologische Bestandsaufnahme und Interpretation können hier einen Beitrag zur Klärung leisten. Im vorliegenden Aufsatz sollen die ideologischen Prämissen der Konzeption der Großtafelbauweise am Beispiel des in Großsiedlungen überwiegend gebauten Wohnungstyps dargestellt werden. Die baulich-materielle Grundlage, die diese Siedlungen so erst ermöglichte, war die „Platte“. Somit beschäftigt sich dieser Beitrag mit dem Wohnen in der „Platte“ und darauffolgend mit dem Leben in den daraus errichteten Neubaugebieten. Diese Art und Weise des Bauens muß zugleich als sozio-kulturelles Transformationsergebnis gesellschaftlicher Ideologie der ehemaligen DDR angesehen werden.

2. Die These

Das soziologische Interesse an der „Platte“ erwächst aus der aktuellen Diskussion über die Problematik der „Selbstthematisierung“ der beiden deutschen Gesellschaften¹. Eine Auseinandersetzung mit dem Selbstverständnis der DDR war zur Zeit ihrer Existenz nicht möglich. Da die öffentlichen Selbstdarstellungen, z. B. im „Neuen Deutschland“, wohl nur ideologisch gültig waren, ist eine Thematisierung

¹ Heinz Bude, Das Ende einer tragischen Gesellschaft, unveröffentlichtes Manuskript eines Vortrags vom März 1991.

des Selbstverständnisses der DDR-Gesellschaft im nachhinein notwendig. Das Hauptinteresse liegt bei der Frage nach den eigenständigen Elementen der DDR-Gesellschaft. Wenn die DDR eine eigene Gesellschaft war, dann müßte sie sich als wiedererkennbare Einheit in der Zeit hervorgebracht haben. „Jedenfalls denken wir uns das so, wenn wir sagen, daß die französische offensichtlich eine andere als die spanische Gesellschaft darstellt“². Eine überzeugende Bestimmung dessen, was das nun für eine Gesellschaft in der DDR war: eine stalinistische, eine technokratische, neofeudalistische, kleinbürgerliche etc., steht noch aus. Die Analyse der baulich-räumlichen Strukturen der Großsiedlungen, die als Umsetzung der gesellschaftlichen Ideologie der DDR interpretiert werden, soll eine Annäherung an das Thema ermöglichen. Die Baupolitik der DDR ist symptomatisch für den von der SED definierten neuen Gesellschaftstypus und seine ideologische Legitimation. Die markanteste Erscheinung der staatlichen Baupolitik in der DDR-Gesellschaft sind die Neubaugebiete mit ihren „Gleichheits“wohnungen³. Großsiedlungen existieren zwar in kleineren Dimensionen auch in der alten Bundesrepublik, ihre wohnungspolitischen Voraussetzungen und die Bewohnerstruktur unterscheiden sich aber grundlegend von denen in der ehemaligen DDR.

3. Die „Plattendimension“ im Wohnen

Das Wohnen in der Großsiedlung – der den Dimensionen der Neubaugebiete adäquatere Begriff wäre eigentlich der der Hyper-Großsiedlung – ist quantitativ und qualitativ einer der maßgebenden Bestimmungsfaktoren von Wohnsituationen im nun vereinigten Deutschland. Einige Zahlen sollen diese Aussage belegen. Bei einem Wohnungsbestand von ca. 7 Millionen Wohnungen in der ehemaligen DDR weist die offizielle Statistik ca. 2,4 Millionen seit 1950 in industrieller Bauweise errichtete Wohnungen aus⁴. Dieser Wohnungsbestand wurde vorzugsweise durch den Siedlungstyp der Großsiedlung realisiert; er war durch staatliches/kommunales und genossenschaftliches Eigentum gekennzeichnet. Eine neuere Expertise des Instituts für Architektur und Städtebau weist 125 Großsiedlungen mit jeweils mehr als 2500 Wohneinheiten in der ehemaligen DDR aus⁵. Das bedeutet, daß ca. 20 % der Bevölkerung der ehemaligen DDR in Großsiedlungen lebt, und zwar zu über 50 % in industriell errichteten Mehrfamilienhäusern, von denen 1,5 Millionen Wohnungen in Großplattenbauweise (vor allem der Wohnungsbauserie 70, i. f. WBS 70) an der Peripherie von industriellen und administrativen Zentren errichtet wurden (vgl. Abbildung 1).

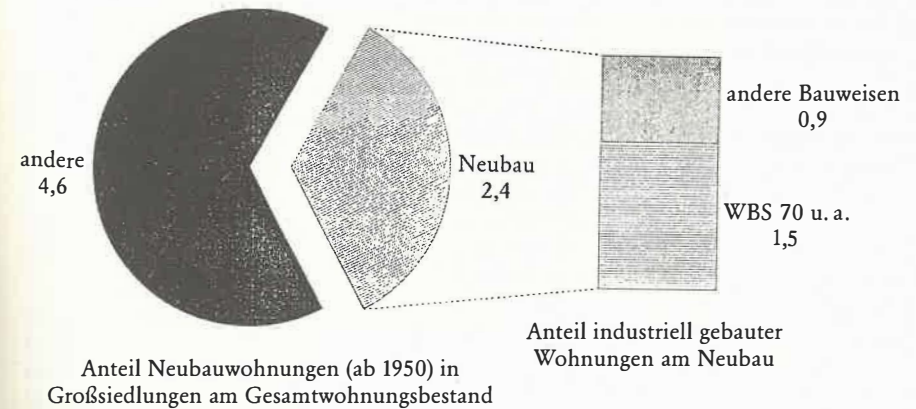
² Ebenda.

³ „Gleichheit im Sinne der Bezeichnung für jenen Typus von sozialen Beziehungen ... in der Gesellschaft, bei dem im Hinblick auf bestimmte Aspekte (hier sozialräumliche, die Verf.) keine Unterschiede zwischen den Beteiligten bestehen (sollen). Lexikon zur Soziologie 1988, Stichwort „Gleichheit“.

⁴ Werner Rietdorf u. a., Große Neubaugebiete in den fünf neuen Bundesländern (Bestandsaufnahme). Unveröffentlichte Expertise zum Forschungsthema „Städtebauliche Entwicklung von Neubausiedlungen“. Kurzfassung für das Fachseminar am 23. 4. 1991 in Berlin, Berlin 1991.

⁵ Ebenda.

Abbildung 1: Anteil industriell gebauter Wohnungen am Gesamtbestand an Neubauwohnungen (in Millionen)*



* Quelle: Institut für Städtebau und Architektur, Berlin.

4. Zur Ideologie der „Platte“ zwischen Ökonomie und Gleichheitspostulat

a) DDR-Spezifika der „Platte“

Kraft staatlicher Ideologie wurde das Wohnen in der DDR als Teilbereich der sozialistischen Gesellschaftsstrukturen betrachtet: „Wohnen ist als einer der Komplexe von Tätigkeiten zur Reproduktion der Gesellschaft ... immer geprägt durch die historische Qualität der Gesamtheit der Lebensbedingungen und Lebenstätigkeiten innerhalb der jeweiligen Gesellschaftsform, in der der einzelne lebt.“⁶ Ähnliches galt auch für die Auffassung zur sozialistischen Familie, ideologisch bezeichnet als kleinste Zelle der Gesellschaft, empirisch existent vor allem als Kernfamilie. Kernfamilien sind Kleinfamilien, die zwei Geschlechterfolgen umfassen, d. h. aus dem Elternpaar bzw. einem Elternteil mit dem/den Kind(ern) bestehen. 91,5 % aller Mehrpersonenhaushalte in der ehemaligen DDR entsprachen in ihrer Struktur dieser Definition⁷. Generell galt für den sozialen Wandel in der DDR, daß er „von Beginn an durch den Anspruch der Staats- und Parteiführung geprägt (war), die Entwicklung der sozialen Strukturen in all ihren wesentlichen Komponenten – Eigentums-, Bildungs- und Qualifikations-, Beschäftigungs- und Einkommensstruktur – zentralistisch zu planen und den wirtschaftlichen Zielsetzungen entsprechend zu steuern. Bis Ende der siebziger Jahre fungierte dabei die „Annäherung der Klassen und Schichten“ hinsichtlich wesentlicher Lebensbedingungen (Einkommen, Bil-

⁶ Loni Niederländer, Arbeiten und Wohnen in der Stadt, Berlin (Ost) 1984, S. 13.

⁷ Jutta Gysi, Familienformen in der DDR, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik. Theoretische Grundprobleme der Erforschung der Lebensweise im Sozialismus, Berlin (Ost) 1988, S. 510.

dung, Wohnen) als zentrales ideologisches Leitmotiv“. Für die Wohnungs- und Städtebaupolitik führte Grundmann 1984 aus, daß nicht „die Existenz sich bekämpfender Klassen und die Vertiefung sozialer Gegensätze, sondern ... die schrittweise Verringerung von sozialen Unterschieden (ist) von nun an das grundlegende Gesetz in der Sozialstruktur von Städten“⁸ sei. Umgesetzt wurden diese gesellschaftlichen Prämissen durch die Ausrichtung der Wohnungsentwicklung auf die klassische Vater-Mutter-Kind(er)-Familie, d. h. durch die Ausprägung des herkömmlichen Wohnkonzepts der Kleinfamilie in der sozialen Kleinstwohnung. Diese Ausrichtung fand ihren Niederschlag in den ideologischen Prämissen für das 1973 beschlossene Wohnungsbauprogramm der DDR, in dem bekanntlich das Ziel formuliert wurde, die Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990 zu lösen. Seine baulich-räumliche Umsetzung erfolgte vor allem städtebaulich in der Form von Großsiedlungen; der am häufigsten verwendete Wohnungstyp war die WBS 70.

Charakteristisches Merkmal der geplanten randstädtischen Neubaugebiete war die gleichlaufende Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen für den Grundbedarf. Das in der Praxis häufig nicht verwirklichte Ziel des sogenannten „Komplexen Wohnungsbaus“ war es, zeitgleich Kindereinrichtungen, Kaufhalle und Dienstleistungszentrum fertigzustellen. Diese Minimalvariante der Infrastrukturausstattung war wichtige Voraussetzung für die Berufstätigkeit aller Personen im erwerbsfähigen Alter, insbesondere der Frauen. Dies entsprach nicht nur praktischen Erfordernissen der Volkswirtschaft, sondern versinnbildlicht ein Stück Gesellschaftsverständnis überhaupt: des kommunistischen Lebensideals von „Arbeiten als erstem Lebensbedürfnis“.

Eine Differenzierung der DDR-Gesellschaft in unterschiedliche Lebensformen war kaum vorhanden, da abweichende Lebensstile nicht in das gesellschaftliche Konzept paßten. Die Grundrißlösungen im industriellen Wohnungsbau waren von der Deckenspannweite und der Lage von Küche und Bad bestimmt. Obwohl die Anzahl der theoretisch möglichen Lösungen wesentlich größer war, bewirkten die betriebswirtschaftlichen Regelungen und die technologische Organisation des Bauprozesses den überwiegenden Einsatz von sieben Grundrißvarianten. Dieser Wohnungstyp wurde bevorzugt in additiver Stapelung gleicher Wohnungsgrundrisse in mehrstöckigen und mehrgeschossigen Wohngebäuden angeordnet. Die Standardisierung der „klassischen“ Neubauwohnung bedeutet: 1-4 Räume, Innenküche und Badzelle sowie gezielte Zuordnung bestimmter Wohnfunktionen zu bestimmten Räumen. Das größte Zimmer der Wohnung ist als Wohnzimmer konzipiert; das mittlere, meist zur verkehrsberuhigten Straße gelegene, ist elterliches Schlafzimmer; die kleinsten Räume sind die Kinderzimmer. Der Korridor ermöglicht den Zugang zu den anderen Räumen innerhalb der Wohnung und dient darüber hinaus als Empfangsraum, als Garderobe und als Abstellraum für Kleinmöbel und Haushaltsgeräte (Abbildung 2 zeigt rechts einen Standardgrundriß der WBS 70, möbliert nach TGL 9552).

⁸ Jan Wielgohs u. a., Reformbewegung und Volksbewegung (Politische und soziale Aspekte im Umbruch der DDR-Gesellschaft), in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 16-17/90, S. 205.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß dieser Wohnungstyp mit dem Ziel konzipiert wurde, für die Mehrheit der Bevölkerung gleiche und komfortable Wohnbedingungen zu schaffen. Die als sozialer Grundprozeß der sozialistischen Gesellschaft betrachtete Annäherung der Klassen und Schichten sollte mittels dieser technisch-organisatorischen Kriterien verräumlicht und somit gefördert werden. In amtlichen Dokumenten ist die Formulierung dieses Gleichheitspostulates vor allem zum Ende der sechziger und zu Anfang der siebziger Jahre nachweisbar, so z. B. in den wohnungspolitischen und städtebaulichen Plänen von Halle-Neustadt⁹.

Aber schon mit den ersten Erfahrungen in Neubausiedlungen in den sechziger Jahren (z. B. in Stalin-[Eisenhütten]stadt und in Hoyerswerda-Neue Stadt) artikulierten sich sowohl bei Einwohnern als auch in der Fachwelt Protest. Ein Höhepunkt der gesellschaftlichen Diskussion war das Erscheinen des Romans „Franziska Linkerhand“ von Brigitte Reimann. Franziska Linkerhand ist die Hauptfigur dieses Romans, die, aus bürgerlichem Hause kommend, Architektur studiert. Ihr erstes berufliches Bewährungsfeld ist der Aufbau der „Neuen Stadt“ (Hoyerswerda). Der Roman schildert das Scheitern der Franziska Linkerhand an ihrem Selbstverwirklichungsanspruch und den gesellschaftlichen Realitäten, die die Umsetzung von humanen Zielen des Städtebaus verhindern. Zentrales Thema der Umsetzung dieser Ziele ist ihr Kampf für ein gesellschaftliches Zentrum in der „Neuen Stadt“, d. h. gegen eine reine Wohnbebauung. Wieder einmal hatte die Literatur die Funktion der Gesellschaftsanalyse und -kritik übernommen. Klar war schon damals, daß die emphatischen Egalitätspostulate der offiziellen Baupolitik nur der Legitimation des ökonomischen Mangels dienten.

b) Zum Zusammenhang von Grundrißkonzept und Familienmodell: das Beispiel der WBS 70

Wichtiger Aspekt der baulich-räumlichen Umsetzung vom Gesellschaftsverständnis der DDR war die Entwicklung des Grundrißkonzeptes der WBS 70. Zuerst wäre zu fragen, ob und wie sich hier die seit Mitte des 19. Jahrhunderts geführte Debatte um den idealen Wohnungsgrundriß wiederfinden läßt und wo das „Neue“, sprich sozialistische, des Raumkonzepts der industriell gebauten Sozialwohnung liegt.

Während die städtebaulichen Leitbilder der Großsiedlungen aus der Weiterentwicklung von wohnungsreformerischen Konzepten des 19. Jahrhunderts hervorgegangen sind¹⁰, liegen die Wurzeln der WBS 70 in der Diskussion zur Sozialwohnung, „der Wohnung für das Existenzminimum“, der zwanziger Jahre. Als allgemein anerkannte Festlegung hatte sich für das Raumprogramm der sozialen Kleinstwohnung des staatlich subventionierten Wohnungsbaus ein Wohnungsgrundriß

⁹ Büro für Städtebau und Architektur des Rates des Bezirkes Halle (Hrsg.), Halle-Neustadt. Plan und Bau der Chemiarbeiterstadt, Berlin (Ost) 1971.

¹⁰ Fritz Schmoll, Modernisierung von Großsiedlungen. Das Beispiel Schweden, Berlin (West) 1984.

von etwa 45 qm durchschnittlicher Fläche herausgebildet. Damit waren Voraussetzungen geschaffen worden, unter den Bedingungen des gemeinnützigen oder staatlichen Wohnungsbaus für eine große Anzahl von Haushalten mit ähnlichen sozialen Situationen Wohnungen zu schaffen. Die Beeinflussung des sozialen Wohnungsbaus der 20er und 30er Jahre durch die baulich-räumliche Konzeption des großbürgerlichen Wohnens des 19. Jahrhunderts wird in der Literatur vielfältig dokumentiert. Die folgende Übersicht soll diesen Zusammenhang verdeutlichen.

Übersicht: Gestaltungsprinzipien des Wohnens*

Großbürgerliche Mietwohnung des 19. Jahrhunderts:	<ol style="list-style-type: none"> 1. Repräsentations- und Wirtschaftsbereich: Wohnzimmer, Eßzimmer und Küche (Tagbereich) 2. Familienbereich: Kinderzimmer, Schlafzimmer und Bad (Nachtbereich) 3. Personalbereich
Wohnung des sozialen Wohnungsbaus der 20er Jahre:	<ol style="list-style-type: none"> 1. Repräsentations- und Wirtschaftsbereich: Wohn- und Kinderzimmer, Eßplatz und Küche (Tagbereich) 2. Familienbereich (Individualbereich): Kinderzimmer, Schlafzimmer und Bad (Nachtbereich)
Industriell gebaute Sozialwohnung der ehemaligen DDR:	<ol style="list-style-type: none"> 1. Familien- und Wirtschaftsbereich Wohn- und Kinderzimmer, Eßplatz und Küche (vor allem Innenküche) (Tagbereich) 2. Individualbereich: Schlafzimmer und Bad, teilweise Kinderzimmer (Nachtbereich)

* Quelle: Nach *Myra Wahrhaftig*, *Wie behindert die Wohnung die Emanzipation der Frau?* Berlin (West) 1982; *Christine Hannemann*, *Was fällt raus, wenn sie reingeh?* Zur Geschlechtsspezifität des Wohnens in der DDR, in: *Monika Allers u. a. (Hrsg.), Frauen erneuern ihre Stadt*, Hamburg 1989, S. 38 ff.

Auffallend sind die Parallelen zum Wohnungskonzept etwa der Weimarer Republik oder des Dritten Reichs. Seit der Debatte um die soziale Kleinstwohnung konkurrieren zwei Standardtypen, deren Unterschiede in der Aufteilung der Wohnung liegen. „Der eine ... bot im wesentlichen gleich große Räume und damit eine (eingeschränkte, bei den Raumgrößen) Wahlfreiheit in der Nutzung; auch an der Wohnküche, zumindest der Einrichtung eines Eßplatzes, wurde festgehalten. Der andere dagegen ging von einer größeren Differenzierung der Zimmergrößen aus: dem (relativ) großen allgemeinem Wohnraum standen kleine, z. T. bis zu Kammer-Kabinen reduzierte Schlafzimmer gegenüber.“¹¹ Dieser Unterschied ist angesichts der Durchschnittsgröße der WBS 70 von 58 qm keineswegs marginal. Er definiert Wohnverhalten! Das Prinzip der WBS 70 war die eindeutige Nutzungszuweisung der Räume, den notwendigen Möbelstellflächen und den Bewegungsabläufen beim Wohnen entsprechend. Auch in der DDR war der Neufert¹² die Bibel der Entwurfslehre. Die grundsätzliche Alternative zu diesem Grundrißkonzept, die Addition annähernd gleichgroßer Räume, um den Nutzern eine frei zuordenbare Nutzung zu ermöglichen, wurde nicht verfolgt. Letzlich folgte man mit der genauen Festlegung der Raumnutzung bei der WBS 70 den Ideen einer Funktionalisierung sozialer Abläufe. „Die Funktionalisierung der Wohnung nach ‚betriebstechnischen‘ Abläufen (Gropius) war in den zwanziger Jahren eine soziale Errungenschaft, weil sie eine Wohnform ablöste, in der aus Not alle Abläufe in einem Raum stattfanden. Heute, nachdem das reibungslose ‚Funktionieren‘ innerhalb von Betrieb und Gesellschaft allenfalls als ‚Sekundärtugend‘ gelten kann, muß sie anders bewertet werden; die bloße Vergrößerung der Flächenansätze reicht da als qualitatives Alibi nicht aus.“¹³ Diese „Sekundärtugend“ war aber für die DDR eine notwendige „Primärtugend“. Nach dem Konzept des „reibungslosen Funktionierens“, im DDR-Deutsch formuliert z. B. der „Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft“ (natürlich nicht: Elternschaft), erfolgte der Entwurf von Wohngebiet, Wohnhaus und Wohnung.

In der Aneignung der WBS 70 durch die Nutzer hatte dies zur Konsequenz, daß traditionelle Verhaltensmuster des Familienlebens weitgehend konserviert wurden.

Ein interessantes Untersuchungsergebnis, das diese These unterstützt, ergibt sich aus Grundrißanalysen, die 1988 als Fallstudien¹⁴ zur geschlechtstypischen Nutzung der Neubauwohnung durchgeführt wurden. Mit diesen Fallstudien konnte gezeigt werden, daß es Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischer Raumnutzung, Wohnleitbildern und Wohnverhalten gibt. In einem Buchmanuskript kritisierte Alice Kahl 1986 die geringe Vermittlung von sozialistischen Wohnleitbildern durch

¹¹ *Gerd Kähler*, *Kollektive Struktur, individuelle Interpretation*, in: *Arch +. Zeitschrift für Architektur und Städtebau*, H. 100/101 (1989), S. 41.

¹² *Ernst Neufert*, *Bauentwurfslehre*, Berlin 1936 (viele Neuauflagen nach 1945).

¹³ *Kähler*, S. 44.

¹⁴ *Christine Hannemann*, *Was fällt raus, wenn sie reingeh?* Zur Geschlechtsspezifität des Wohnens in der DDR, in: *Monika Allers u. a. (Hrsg.), Frauen erneuern ihre Stadt*, Hamburg 1989, S. 38 ff.

die Massenmedien. In dieser einzigen, nachlesbaren Untersuchung über Wohnleitbilder in der DDR kommt sie dann zu folgendem Resultat: „Der Durchschnittsbürger der DDR nährt daher seine Wohnleitbilder aus einer Mischung von unreflektierten Familientraditionen, dem Nachahmen konsumorientierter Familientraditionen, dem Nachahmen konsumorientierter Vorbilder aus kapitalistischen Ländern und der Anpassung an eine vermeintliche Norm.“¹⁵ In diesem Zusammenhang weist sie auch auf eine zunehmende Tendenz der Nutzung des Neubauwohnzimmers für Repräsentationszwecke hin.

Besonderer Schwerpunkt der Fallstudien war die Analyse von Besonderheiten, die sich aus der Weiterführung beruflicher Tätigkeiten bzw. erwerbsarbeitsergänzender Hobbys ergaben. Folgende Ergebnisse sind charakteristisch: „Arbeiten“ nach der Arbeit spielte für zwei Drittel der Männer eine bedeutende Rolle, Frauen haben dann im Haushalt zu tun. Die Neubauwohnung läßt kaum Möglichkeiten der Einordnung eines ungestörten Arbeitsplatzes. Die auch mögliche Veränderung der Zimmernutzung, d. h. der Tausch von Schlaf- und Kinderzimmer, würde den traditionell geprägten Wohnvorstellungen Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmer widersprechen. Die ständigen bzw. zeitweiligen Arbeitsplätze der Männer sind im Wohn- oder Schlafzimmer zu finden. Damit ist insbesondere das Wohnzimmer für die familiäre Nutzung blockiert. Deshalb erledigt *sie* auch zumeist die Hausarbeit, während *er* „arbeitet“ (vgl. Abbildung 2).

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die räumliche Organisation der Neubauwohnung durch die geringe Wohnungsfläche und die hierarchische, funktionsspezifische Grundrißgestaltung traditionelle Verhaltensmuster beim Wohnen stützt und verstärkt.

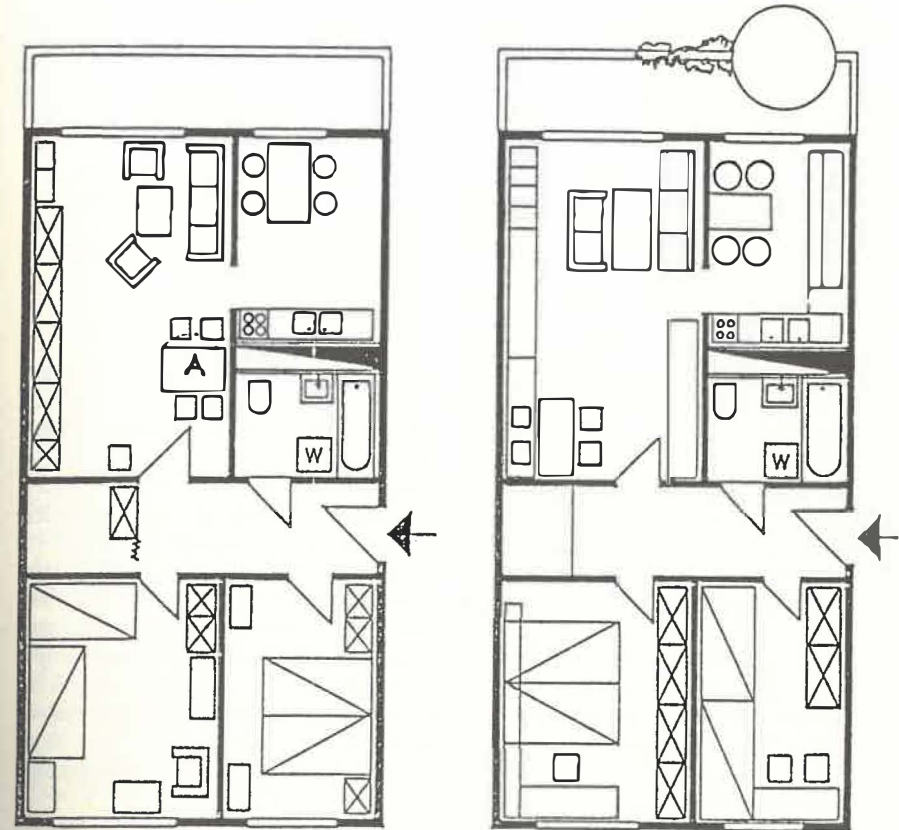
5. Resultate soziologischer Neubauforschung in der DDR – eine Synopse der wichtigsten Ergebnisse

Besonderheiten des Lebens in Großsiedlungen werden im nachfolgenden exemplarisch mit der Darstellung soziologischer Untersuchungsergebnisse aus drei Städten mit typischen Neubaugebieten der DDR verbunden. Sie sind Ergebnis stadt- und wohnsoziologischer Untersuchungen, an denen ich mitgewirkt habe. Sie wurden stadtübergreifend in Brandenburg mit dem Neubaugebiet Hohenstücken 1987¹⁶ und in Jena mit dem Neubaugebiet Lobeda 1988 durchgeführt. Deren Datenbasis habe ich neubauebietsbezogen unter Hinzuziehung der Daten, die zu Magdeburg-Olvenstedt (1986) vorliegen, ausgewertet. Weiterhin wurde Forschungsliteratur zu Ergebnissen wohngebietsbezogener Untersuchungen in den Neubaugebieten Berlin-Marzahn und Leipzig-Grünau verwendet. Aufgrund der starken Ähnlichkeit der baulich-räumlichen Strukturen der untersuchten Neubaugebiete und der allgemeinen Einheitlichkeit der Lebensweisen in der DDR können die Ergebnisse für viele Neubaugebiete der DDR verallgemeinert werden.

¹⁵ Alice Kahl, Wohnen im Neubau. Unveröffentlichtes Buchmanuskript Leipzig 1986, S. 127.

¹⁶ Brandenburg. Stadtentwicklung und Wohnumfeld, Weimar 1988 (Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Wissenschaftsbereich Soziologie).

Abbildung 2: Links: Anordnung des zeitweiligen Arbeitsplatzes (A) in einer WBS-70-3-Zimmer-Wohnung/Fallstudie Jena-Lobeda.*
Rechts: derselbe Wohnungstyp möbliert nach TGL¹ 9552*



Bewohner:
Er: 34 Jahre, Feinwerkingenieur
Sie: 32 Jahre, Finanzökonomin
Es: 9 Jahre, 2 Krippenkinder

Wohnung:
3-Zimmer-Wohnung
WBS 70
11-Geschosser, TGL 9552

* Quelle: Eigene Darstellung.

¹ TGL = Technische Normen, Gütevorschriften und Lieferbedingungen.

Großsiedlungen hatten auch in der DDR einen schlechten Ruf, wobei zu beachten ist, daß bei den Wohn- und Lebensbedingungen in der DDR für viele das „Höchst-erreichbare“ im Wohnstandard die Neubauwohnung – wenn möglich noch in „Berlin“ – war. Großsiedlungen galten auch in der DDR als grau, langweilig und

anonym, als Schlafstädte. Als Arbeitsstätten insbesondere für Frauen sind sie wenig im öffentlichen Bewußtsein verankert. Diese Aussagen waren aber nie Ergebnis stadt- und wohnsoziologischer Untersuchungen. Deren Aufgabe war es, die Stabilität des sozialistischen Systems zu dokumentieren und Verbesserungsmöglichkeiten im Rahmen des Bestehenden als administrative Hilfswissenschaft zu benennen. Letzteres wurde jedoch wenig beachtet. Der theoretisch-methodologische Ausgangspunkt solcher stadt- und wohnsoziologischen Untersuchungen war die These von der Interessenübereinstimmung von Individuum und Gesellschaft.

Tendenzielle Unterschiede zeigen sich in der Bewertung durch Nichtbewohner und Bewohner: Vollkomfort, günstige Spielmöglichkeiten für Kleinkinder, Verkehrsberuhigung, Lärm- und Immissionsschutz werden von den Bewohnern als positive Aspekte des Wohnens in Neubaugebieten hervorgehoben. Mit der mangelhaften architektonischen Gestaltung des Wohngebietes haben sich die Bewohner abgefunden. Kritisiert werden vor allem die Mängel der Infrastruktur des Wohngebietes.

- Im Hinblick auf die Wohnung werden vor allem die Größe der Zimmer und die Wohnungsgrundrisse als problematisch angesehen. Die Wohnungen wurden bei einer Belegung entsprechend den wohnungspolitischen Vergabeprämissen¹⁷ als zu klein empfunden. Seit Jahren wurde kritisiert, daß das Kinderzimmer und das Bad (Badzelle) zu klein seien, daß die Küche zu eng sei und ein Abstellraum fehle.
- Defizite in der kulturell-sozialen Infrastruktur, vor allem bei den Möglichkeiten Sport zu treiben, sind weitere seit Jahren formulierte Hauptkritikpunkte. Gleiches gilt für die Unzufriedenheit mit den Naherholungsmöglichkeiten.
- Kennzeichnend für Neubaugebiete in den Ländern der ehemaligen DDR ist eine durch die staatliche Wohnungsvergabepolitik geschaffene spezifische Bevölkerungsstruktur. Sie ist durch eine relativ homogene Altersstruktur, einen geringen Altersdurchschnitt und eine hohe Kinderzahl charakterisiert. Für deren Haupteffekt, die hohe Nutzungsintensität infrastruktureller Einrichtungen durch jeweils eine Altersgruppe, ist der Begriff der demographischen Welle seit langem gebräuchlich. Angesichts der homogenen Wohnungs- und Altersstruktur ist so z. B. abzusehen, daß vor allem die älteren Neubaugebiete in der demographischen Perspektive Seniorenhochburgen werden.
- Auch hinsichtlich der Qualifikation unterscheidet sich die Neubaugebietebevölkerung von organisch gewachsenen Stadtgebieten. Die Gruppe der Un- und Angelernten ist gering vertreten. Bewohner, die über Hoch- und Fachschulabschlüsse verfügen, sind deutlich überrepräsentiert – eine Sozialstruktur, die typisch ist für Großsiedlungen in den ehemaligen sozialistischen Ländern. Diese Tatsache erklärt der in den USA lebende ungarische Soziologe Ivan Szelenyi 1983 als Resultat der Art und Weise administrativer Zuweisung der knappen Ressourcen; es handelt sich also um Segregationsprozesse, die auf wohnungspolitischen und nicht marktwirtschaftlichen Prozessen beruhen.

¹⁷ 2-Zimmer-Wohnung = 2–3 Personen; 3-Zimmer-Wohnung = 3–4 Personen; 4-Zimmer-Wohnung = 4–5 Personen; typisch ist z. B. die Belegung Familie mit 2 Kindern in einer 3-Zimmer-Neubauwohnung.

Somit läßt sich der Typus des Neubaubewohners wie folgt charakterisieren: Sie/er ist 25–45 Jahre alt, verheiratet bzw. lebt in einer Lebensgemeinschaft (ein Viertel lebt ohne Partner) und hat ein bis zwei Kinder. Sozialstrukturell gehört sie/er zur Gruppe der Facharbeiter, der Angestellten oder der Intelligenz. Dies erklärt sich aus den sozialpolitischen Prämissen der Wohnraumvergabe, denn diese erfolgte bevorzugt an „junge Ehen“.

Die zusammengefaßten Resultate zeigen deutlich die deskriptive Funktion wohnsoziologischer Untersuchungen. Resultate, die in der praktischen Wohnungsbaupolitik kaum berücksichtigt wurden, die aber auch durch die soziologische Wohnforschung nicht hinterfragt wurden. Es gab wenig Versuche, abgeleitet aus diesen Deskriptionen vertiefende, soziologische Forschungsfragen zu entwickeln, z. B.: welche Konsequenzen haben zu kleine und zu enge Wohnungen und Räume für die Sozialisation von Kindern?

6. Resümee und weitere Konsequenzen

Insgesamt kumulieren in den Großsiedlungen der ehemaligen DDR heute soziale, wohnungswirtschaftliche, städtebauliche und technische Probleme als Ergebnis vierzigjähriger SED-Baupolitik. Resultat des sozialen Wandels in den Städten der DDR ist einerseits eine gute Infrastrukturausstattung der Neubaugebiete, andererseits bilden die sozial-räumlichen Strukturen von der Grundrißkonzeption der Wohnung bis zur Monostruktur dieser Gebiete einen Beitrag zur Selbstthematisierung der DDR-Gesellschaft, indem sie als Beispiel für politischen Technizismus in der Planung, für eine übersteigerte Funktionsentmischung und für eine konservative Familien- und Wohnungspolitik stehen. Der Wohnungsbau in der DDR wurde gemäß der Tonnenideologie als Massenfabrikation organisiert. Das durchaus verständliche Ziel, das bereits in den zwanziger Jahren zu Grundforderungen aller Wohnungsreformer gehörte, wurde so durch seine massentechnologische Umsetzung diskreditiert; paradoxerweise aber wäre dieses Ziel auf einem anderen Weg nicht realisierbar gewesen. Die Quantität war das strukturbildende Moment. Die Ebene der Qualität, insbesondere die Vielfalt, wurde verdrängt.

Das zentralstaatliche System der DDR ermöglichte eine Ideologie des Bauens, die immer auf eine Hauptaufgabe fixiert war. Das bedeutete die Ausblendung aller anderen Probleme, obwohl diese deutlich sichtbar waren und auch, vor allem in der Literatur, zum Ausdruck gebracht wurden. Der Roman „Morisco“ von Alfred Wellm hätte in der internen Debatte in der DDR für eine Selbstverständigung zum Bauen eine Schlüsselposition haben können: Die Abrichtung eines Pferdes, namens Morisco, steht als Metapher für die Entwicklung eines Architekten, dessen feindselige Dressur im Verlaufe der Romanhandlung ausführlich dargestellt wird. Deren graulich makaberer Höhepunkt ist die Kastration zum Zwecke des Erlangens höchster Rennergebnisse. Was mit dem Roman Franziska Linkerhand noch gelingen konnte, war auf Grund der Systemstarre der achtziger Jahre nicht mehr möglich. Weitere Probleme waren z. B. die Sanierung der Neubaugebiete, die „Entsorgung“ der verbrauchten Platten oder der Verfall der Innenstädte. Dies alles sind Indizien für die mangelnde Problemlösungskapazität der DDR-Gesellschaft. Probleme, die

allen bekannt waren, durften nicht als solche formuliert werden. Damit verbunden war die Unterdrückung aller derjenigen Fachleute, die diese aufgriffen und benannten. Mittlerweile wird die „Lösung der Großsiedlungsfrage als soziales Problem“ diskutiert, und es werden Erneuerungskonzeptionen für die Großsiedlungen der ehemaligen DDR erarbeitet.